

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 46

Erscheint Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mt. Nur Postbezug.
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 9. November 1930

Verlagsstelle: Berlin G2, Neuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin E 2, Kupfergraben 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

46. Jahrgang

Das Chaos in der Weltwirtschaft.

Die schwere Krise, in der sich heute die deutsche Wirtschaft befindet, wird von den Rektionären aller Schattierungen als willkommener Anlaß zur Hege gegen das herrschende politische und soziale System benutzt. Von den Unternehmern wird die Krise als ein Beweis für ihre immer wieder aufgestellte Behauptung angesehen, daß die deutsche Wirtschaft unter der Last der Steuern und sozialen Aufwendungen zusammenbrechen müsse. Die Ueberspannung des sozialen Prinzips treibe die Wirtschaft unaufhaltsam zur Katastrophe. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage sei der Anfang vom Ende der deutschen Wirtschaftsbüthe, wenn nicht eine radikale Umkehr vom Sozialismus einsetze.

Gegenüber diesen Einseitigkeiten und Verzerrungen der wahren Sachlage muß immer wieder auf den weltwirtschaftlichen Charakter der Krise hingewiesen werden. Es ist zwar durchaus möglich, daß eine Weltwirtschaftskrise von einem einzelnen Land ihren Ausgangspunkt nimmt. Doch wenn das Ausgangsland der Krise nicht eine überragende Bedeutung für die ganze Weltwirtschaft besitzt, dann ist eine derartige Fortpflanzung einer einzelstaatlichen Wirtschaftskrise auf die ganze Weltwirtschaft nur denkbar, wenn der Keim der Krise in den anderen Ländern schon gelegt ist.

Zwei andere Krisenursachen haben sich bedeutend stärker fühlbar gemacht: der Sturz der Rohstoffpreise und der Börsenkrach in den Vereinigten Staaten. Der Rückgang der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt läßt sich seit dem letzten Viertel des Jahres 1928 beobachten. Dieser Preisverfall auf der ganzen Linie der Rohstoffproduktion der Welt läßt gar keinen Zweifel daran, daß die Weltwirtschaftskrise ihren Ausgangspunkt von den Rohstoffgebieten genommen hat. Der Zeitpunkt jedoch, von dem die Wende in den Rohstoffpreisen datiert, zeigte Deutschland noch sehr widerstandsfähig. Die Nachfrage Deutschlands nach Rohstoffen war noch kaum zurückgegangen, und der minimale Rückgang wurde mehr als aufgehoben durch den weiteren Konjunkturaufschwung in den anderen weltwirtschaftlich wichtigen Ländern, wie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten und Frankreich. Der Außenhandel der wichtigsten Länder, auf die 90 Proz. des Weltaußenhandels entfallen, ist im Jahre 1928 noch auf 247 Milliarden Mark gegenüber 241 Milliarden Mark im Jahre 1927 gestiegen.

Nun stellt der Begriff Weltwirtschaft an sich noch immer eine Verallgemeinerung dar. Es sind zwar alle einzelnen auf kapitalistischer Basis arbeitenden Volkswirtschafts-

körper miteinander, also weltwirtschaftlich, verflochten, doch sie leben alle noch ein sehr starkes Eigenleben, sie stehen alle unter besonderen historischen, sozialen und staatlichen Bedingungen. Ihre weltwirtschaftliche Verflechtung hat zur Folge, daß die großen Wellenbewegungen der kapitalistischen Wirtschaft, die Konjunkturschwankungen, sich mehr oder weniger über die ganze Weltwirtschaft erstrecken, das heißt in allen Ländern spürbar werden. Die nationale Besondereit jeder einzelnen Volkswirtschaft hat zur Folge, daß jede weltwirtschaftliche Konjunkturercheinung in jedem einzelnen Land mit ganz verschiedener Stärke auftritt.

So steht es auch mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise. Irgendwie bemerksbar ist sie in allen Ländern, nur der Grad der Krisenschärfe ist sehr verschieden. Es gibt Länder, die aus besonderen zufälligen Gründen von der Krise nur sehr wenig verspüren. Zu ihnen gehört in erster Linie Frankreich, in dem sich erst jetzt allmählich Anzeichen einer Verschlechterung der Wirtschaftslage ankündigen. Und es gibt auf der anderen Seite Länder, die schwerer als alle anderen unter der Krise leiden. Zu ihnen gehören neben den Vereinigten Staaten selbst, in denen erfahrungsgemäß jede Krise mit ungeheurer Gewalt auftritt, England, Deutschland, Oesterreich, die Tschechoslowakei und andere. Auf England drückt die Krise deshalb so stark, weil es schon vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise schwer getroffen war und einige wichtige Industriezweige dahinsiechen sah. Deutschland aber steht unter den eigenartigsten Bedingungen, die seine Wirtschaftslage weit mehr verschärfen, als es bei seiner wirtschaftlichen Struktur an sich zu erwarten wäre.

In der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands liegt ein Moment, das, wenn es sich isoliert auswirken könnte, augenblicklich sehr günstig zu bewerten wäre. Deutschland und einige Nachbarländer leiden unter dem Verfall der Rohstoffpreise im wesentlichen nur so weit, als ihre Landwirtschaft davon betroffen wird. Doch selbst innerhalb der Landwirtschaft sind es nur gewisse Teile, die von der Rohstoffkrise unmittelbar betroffen werden. Im übrigen überwiegt in Deutschland weit mehr als in den meisten anderen Ländern die industrielle Verarbeitungswirtschaft. Als überwiegend der Arbeiter mühte Deutschland eigentlich von dem Auseinanderklaffen der Rohstoff- und Fertigwarenpreise profitieren. Einen gewissen Ausbruch findet dieser augenblickliche Vorsprung Deutschlands vor den meisten anderen Ländern darin, daß sich seine Außenhandelsverhältnisse viel besser entwickelt haben, vor allem seine Ausfuhr viel besser der Krise Widerstand leistet, als

die anderer Länder. Dieser Vorteil genügt jedoch nicht, um eine Verschärfung der Wirtschaftskrise abzuwehren. Es sind zwei Faktoren, die von außen wirken, und einer, der von innen wirkt, das sind die Reparationen und die Abhängigkeit Deutschlands von der Kapitaleinfuhr und die politische Unsicherheit.

Die Reparationen stellen eine Vorbefastung der deutschen Wirtschaft dar, die sich wie jeder starre Kostenfaktor in Krisenzeiten viel stärker fühlbar macht als in der Hochkonjunktur. Es ist deshalb begreiflich, daß der Unmut über die Reparationen heute in Deutschland viel weiter verbreitet ist als in der Hochkonjunkturperiode. Die Abhängigkeit Deutschlands vom Zustrom ausländischen Kapitals hat zur Folge, daß die Empfindlichkeit der deutschen Wirtschaft für die Konjunkturbewegungen der Weltwirtschaft gewachsen ist. Im Jahre 1929 wurde der Rückgang der Konjunktur dadurch beschleunigt, daß die Versorgung Deutschlands mit ausländischem Kapital litt. Dazu kam die beginnende politische Unsicherheit, die das Ausland zur Vorsicht bei der Kapitalanlage in Deutschland mahnte. Heute steht dem Zustrom von Auslandskapital die schwere politische Krise entgegen.

Und damit kommen wir zum entscheidenden Krisenfaktor: der politischen Krise, die sich schon seit vielen Monaten verschärfte und mit der Reichstagswahl ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Sie ist es, die dem ausländischen Kapital den Weg nach Deutschland versperrt, sie ist es, die die Kapitalbasis der deutschen Wirtschaft durch die Kapitalflucht noch weiter verengt, sie ist es, die — im Verein mit dem immer wieder hervorgekehrten Zweifel pessimismus der Unternehmer als Hauptmittel im Kampf — die Unternehmungslust immer wieder niederdrückt.

Die Konsequenzen, die aus diesen Erkenntnissen zu ziehen sind, ergeben sich von selbst. Es ist nicht richtig, daß die Reparationen allein an der Krise in Deutschland die Schuld tragen, obzwar sie heute drückender empfunden werden als je und ihre Erleichterung dringender ist als je. Es ist nicht richtig, daß die Steuern und Sozialausgaben die deutsche Wirtschaftskrise verschuldet haben. Die Krise ist vielmehr eine ausgesprochene Weltwirtschaftskrise, deren tiefere Ursachen außerhalb Deutschlands liegen, und sie kann daher nur im Weltmaßstab überwunden werden. Die besondere Verschärfung aber, die die Wirtschaftskrise in Deutschland gefunden hat, kann nur rückgängig gemacht, der erste große Schritt zur Ueberwindung der Krise kann nur getan werden, wenn der Ansturm des Faschismus in Deutschland abgeschlagen, der Angriff der sozialen Reaktion auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung zurückgewiesen und damit die schwere politische Vertrauenskrise überwunden wird.

Das Auslandskapital in der deutschen Wirtschaft.

Es ist gerade ein Jahr her, daß in der Öffentlichkeit zwischen deutschen Industrieführern die Streitfrage lebhaft erörtert wurde, ob die aktive Beteiligung ausländischen Kapitals an deutschen Industrieunternehmungen erwünscht sei oder nicht. Auf der Düsseldorfer Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie prallten die Meinungen hierüber sehr aufeinander. Dieser heftige Streit zwischen maßgebenden deutschen Industrieführern hat noch lange nachgezittert. Auch heute noch wird diese Streitfrage hier und da erörtert. Der deutschen Arbeiterschaft kann es nicht gleichgültig sein, wie sich die Besitzverhältnisse in der produktiven Wirtschaft gestalten. Die Ueberfremdung der deutschen Industrie hat in der Nachkriegszeit zweifellos zugenommen. Als die deutschen Aktien für ausländische Besitzer billig wie Brombeeren waren, ist das Ausland in breiter Front in die deutsche Wirtschaft eingedrungen.

Das Auslandskapital tritt in den Formen des Darlehens- und Unternehmungskapitals auf. Von ersteren kann man sprechen, wenn ausländische Geldgeber an deutsche Unternehmungen Kredite vermitteln, ohne daß ein Einfluß auf das betreffende Unternehmen gewährt wird. Anders ist es, wenn das Ausland Unternehmungskapital vermittelt, das gegen Hingabe von Aktien und sonstigen Möglichkeiten der Einflußnahme erfolgt. In den letzten fünf Jahren ist ausländisches Kapital in beiden Arten in ziemlich erheblichem Umfange nach Deutschland gekommen. Die nachfolgenden Untersuchungen beschäftigen sich in der Hauptsache mit der zweiten Art der Kapitaleinwanderung.

Seitdem es eine kapitalistische Wirtschaft gibt, ist die internationale Kapitalwanderung vorhanden. Das Kapital ist flüchtig und hat die Neigung, überall dahin zu strömen, wo die Profite am höchsten sind. Landesgrenzen sind noch niemals ein ernsthaftes Hemmnis für die Ein- und Auswanderung von Kapital gewesen. Der europäische Kapitalismus hat die gesamte Welt durch sein überschüssiges Kapital befruchtet. Die Volkswirtschaften in Nord- und Südamerika, in Asien, Indien, Australien usw. sind mit Hilfe des europäischen Kapitals aufgebaut und entwickelt worden. Namentlich die Industrie der Vereinigten Staaten verdankt ihre Existenz der Mithilfe des europäischen Finanzkapitals. Auch Deutschland hat sich an der Kolonisierung anderer Länder namhaft beteiligt. Man schätzt die Höhe des vor dem Kriege im Ausland investierten deutschen Kapitals auf 3 bis 3,5 Milliarden Mark. Mit Hilfe dieser Kapitalein- und -auswanderung ist die Weltwirtschaft geschaffen worden, in deren Maschen heute alle Länder mehr oder weniger fest verfrachtet sind.

In der Nachkriegszeit haben sich die Verhältnisse sehr wesentlich verändert. Die Entwicklung ausländischer Volkswirtschaften durch den Kapitalzufluß geht heute in der Hauptsache von Ländern aus, die ehemals selbst Kolonialgebiete waren. Man kann sagen, daß Europa als Kapitaleinfuhrerort neu entdeckt wurde. Der Kapitalfluß über die Landesgrenzen wurde verstärkt durch die Währungszerüttung und die Steuerflucht. Es steht nicht genau fest, wie hoch die Kapitalflucht aus Deutschland ist. Sie wird aber mindestens 5 Milliarden Mark betragen. Mit diesem Gelde sind die

Wirtschaftsbetriebe des Auslandes mehr oder weniger befruchtet worden. Das Gegenteil sehen wir in der zunehmenden Ueberfremdung der deutschen Industrie und der Handels- und Verkehrsunternehmungen. Vor ungefähr 1½ Jahren berechnete die „Frankfurter Zeitung“, daß von den 13 000 deutschen Aktiengesellschaften rund 100 im eigentlichen Wortsinne überfremdet seien. Vor kurzem ist eine Schrift herausgekommen: „Das ausländische Kapital in der deutschen Wirtschaft“ (Ruhr-Verlag W. Giradet, Essen), die eine Fülle von Material über das Eindringen ausländischen Kapitals in die deutsche Wirtschaft enthält. Der Verfasser dieser Schrift kommt zu dem Ergebnis, daß — bei Ausschaltung kleinster Firmen — etwa 430 bis 450 deutsche Unternehmungen sich in Vollbesitz des Auslandes befinden. Die Tochtergesellschaften, an denen diese Unternehmen mit mehr als 50 Proz. beteiligt sind, hinzugenommen, ergibt eine Zahl von ungefähr 630 bis 650 deutsche Gesellschaften, die unter ausländischer Kontrolle stehen. Außerdem gibt es noch viele Gesellschaften, in denen ausländisches Kapital von 25 bis 50 Proz. des Gesellschaftskapitals beteiligt ist. Wenn daraus auch nicht abgeleitet werden kann, daß das Ausland unter allen Umständen befristet ist, die Herrschaft über deutsche Unternehmungen auszuüben, so ist die erfolgte Ueberfremdung doch außerordentlich beachtenswert. Der Verfasser der oben genannten Schrift schätzt den Wert ausländischer Beteiligungen in der deutschen Produktionswirtschaft auf 3 Milliarden Mark. Für die gesamte Zellstoff- und Papierindustrie werden 90 bis 100 Millionen Mark angegeben.

Nicht zu bezweifeln, daß diese Summe ein Problem von außerordentlicher Bedeutung erkennen läßt. Mit dem Leihkapital und dem zersplitterten Kleinbesitz des Auslandes an deutschen Aktien, GmbH-Anteilen, Kuxen usw., und den Posten deutscher Effekten, die ausländische Holdinggesellschaften zum Teil heute besitzen, ist das Ausland an deutschen Unternehmungen in Höhe von 4 Milliarden Mark beteiligt. Es muß aber hierbei festgestellt werden, daß eine zwangsweise Ueberfremdung niemals festgestellt wurde, sondern diese meistens auf das Bestreben der deutschen Unternehmungskreise zurückzuführen ist. Einzelne Industriezweige sind zur Mehrheit in ausländischem Besitz. Wir nennen: die Margarineindustrie, die Glasindustrie, die Zündholzindustrie, die Tabakindustrie, Teile der Süßwarenindustrie usw.

Es erhebt sich nun die Frage, wie sich die deutsche Arbeiterschaft zu der Auslandsbeteiligung an deutschen Industriebetrieben stellt. Hierzu ist zu sagen, daß es der Arbeiterschaft an sich naturgemäß lieber ist, wenn die Industrie-, Handels- und Verkehrsunternehmungen im inländischen Besitz sind. Trotzdem kann mit der Einflußnahme ausländischen Kapitals auf deutsche Unternehmungen auch eine günstige Wirkung nach verschiedenen Richtungen verbunden sein. Auslandskapital schafft bei bestehenden Unternehmungen die Möglichkeit, diese zu erweitern oder zu vervollkommen, womit Arbeitsmöglichkeit verbunden sein kann. Als Nachteile sind zu nennen: das Bestreben, deutsche Industriebetriebe nur zu erweitern, um eine Kon-

kurrenz zu beseitigen oder diese bei passender Gelegenheit stillzulegen bzw. einzuschränken, falls es ausländischen Geldgebern dienlich erscheint. Vorzüge und Nachteile gibt es noch eine ganze Reihe, aber wir wollen es hierbei belassen. Es ging uns darum, eine Bilanz der Ueberfremdung deutscher Industrieunternehmungen zu ziehen. Im Zeitalter des Fließbandes und der Massenproduktion bilden Erdteile wie Europa einen einheitlichen Absatzmarkt, und bei der engen Verflochtenheit der europäischen Industrie ist die zunehmende Ueberfremdung ein Beweis dafür, daß die einzelnen Länder viel zu klein und bedeutungslos sind, um von sich aus eine ausgeglichene Industriewirtschaft zu betreiben. Es ist nur noch notwendig, daß die Arbeiterschaft eine Macht entwickelt, um aufstrebende Nachteile bei der Kapitalwanderung zu beseitigen. Mt.

Vorschläge der preußischen Regierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit.

Die preußische Regierung hat Vorschläge gemacht, wie die Arbeitslosigkeit durch praktische Maßnahmen gelindert werden kann. Sie empfiehlt die Senkung der Arbeitszeit überall, wo es nur angängig ist. Dies soll in Form einer gesetzlichen Regelung dahingehend geschehen, daß bei notwendiger Arbeitseinschränkung eine Arbeitszeitverkürzung vorzunehmen ist, damit die Arbeitslosigkeit nicht durch Entlassungen gesteigert wird. Weiter schlägt die Regierung vor, vorübergehend die Schulpflicht um ein Jahr zu erweitern. Die Einführung eines neuen Schuljahres, das vornehmlich einer Berufsvorbereitung dienen soll, werde rund 250 000 jugendliche Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt fernhalten. Man nimmt an, daß dadurch an Arbeitslosenunterstützung 200 Millionen Mark gespart werden können. Dieser Vorschlag der Regierung muß die Unterstützung der Arbeiterschaft finden. Es ist durchaus nicht notwendig, daß jugendliche, halbentwickelte Menschen bereits mit 14 Jahren in das Erwerbsleben gestoßen werden.

Das Programm der preußischen Regierung sieht weiter vor, durch gesetzliche Maßnahmen die ausländischen Wanderarbeiter vom deutschen Arbeitsmarkt fernzuhalten. Die annähernd 100 000 Arbeiter aus Osteuropa, die alljährlich als Wanderarbeiter kommen, müßten durch einheimische Arbeitskräfte ersetzt werden. Auch dies ist ein Vorschlag, der von den Gewerkschaften unterstützt werden muß. Im weiteren Programm sieht die Regierung vor, durch Meliorationsarbeiten und die Kultivierung der Hoch- und Niedermoorflächen landwirtschaftlichen Boden neu zu schaffen. Es sollen jährlich 135 Millionen Mark auf die Dauer von drei Jahren hierfür ausgeworfen werden. Man hofft, hierdurch 80 000 Arbeiter laufend zu beschäftigen. Dadurch würde Brachland in gutes Ackerland verwandelt und der Volkswirtschaft ein großer Dienst erwiesen.

Hoffentlich werden die Vorschläge der preußischen Regierung alsbald in die Tat umgesetzt. Es ist erfreulich, daß die Regierung des größten deutschen Landes von sich aus zu praktischen Maßnahmen greift. Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, die Schwergkeiten, die diesem Programm entgegenstehen, hinwegzuräumen zu helfen.

Der schwarze Tod in den Gruben.

Zwei große Bergwerksunglücke haben der Welt wieder Kenntnis gegeben von der schwierigen und Gefahr drohenden Arbeit, die die Bergleute in den Kohlengruben zu leisten haben. Das Unglück im Nachener Revier bei Alsdorf hat 263 Todesopfer verlangt. Die Opfer von Alsdorf waren noch nicht beerdigt, als bereits wiederum ein großes Unglück vom Saarrevier gemeldet wurde. Das Unglück auf der Grube Maybach hat rund 100 Tote gefordert. Fast 370 Tote fielen in einer Woche der schweren Arbeit in den Kohlengruben zum Opfer. Die ganze Welt hat an diesen furchtbaren Vorkommnissen Anteil genommen. Spenden werden übermittelt, Sammlungen werden veranstaltet, um die Hinterbliebenen wenigstens in der ersten Zeit über die drückendste Sorge hinwegzuhelfen. Doch was nützt alle Anteilnahme, was nützen Geldspenden, wenn dadurch nur eine momentane Not beseitigt wird. Viel wichtiger ist es, daß alles daran gesetzt wird, derartige Katastrophen unumgänglich zu machen oder doch wenigstens einzuschränken. Deshalb muß die gesamte Arbeiterschaft mit allem Nachdruck die Forderungen der Bergarbeiter nach weiterem Ausbau des Bergarbeiter-schutzes unterstützen. Die Technisierung der Kohlegewinnung hat das Arbeitstempo in den Gruben derart beschleunigt, daß nicht genügend Zeit vorhanden ist, die bergbauischen Sicherheitsvorschriften genau zu beachten. Die Bergarbeiter haben aber Anspruch auf einen höheren Schutz. Doch nur bei großen Katastrophen erinnert man sich der Pflicht, den Knappen beizustehen. Dabei sind Unglücke auf den Bergwerken an der Tagesordnung. Der schwarze Tod lauert ununterbrochen in den Gruben. Tausende fallen jährlich in den Bergwerken ihrer schweren Berufsarbeit zum Opfer. Und dabei sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter miserabel. Der Berichterstatter der „Bosfischen Zeitung“ hat anlässlich des

Grubenunglücks im Saargebiet folgende Feststellungen gemacht:

„Geradezu erschütternd ist der Eindruck, den die Leichen machen, die nicht nur die Spuren furchtbaren letzten Kampfes, sondern die jahrelanger Entbehrungen bei schwerster körperlicher Arbeit tragen, Spuren, die man auch an den Knappen wahrnehmen kann, die gestern im Laufe des Tages über den Grubenhof gingen oder am Gittertor standen, das sich am Sonnabend ihren Kameraden öffnete und durch das sie nicht wieder zurückkehren werden. Es ist keine Uebertreibung, wenn man hier davon redet, daß die schwere, in tägliche Lebensgefahr führende Arbeit der Bergleute kaum das Dringendste zum nackten Leben abwirft. Mir haben Familienväter, die für eine fünf- und auch für eine achtköpfige Familie zu sorgen haben, ausgerechnet, daß sie nach Abzug aller Steuern, Abgaben, Transportkosten zur Arbeitsstelle am Monatsende knapp 500 bis 600 Frank, das sind 80 bis 100 Mk., heimbringen. Sie aber zahlen mit ihrer Kraft und, wie Alsdorf und Maybach lehren, oft genug mit ihrem Leben.“

Ähnlich liegen die Verhältnisse auch in anderen Bergbaugebieten. Es muß in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß die Bergbauunternehmer in der nächsten Zeit beabsichtigen, die Löhne der Bergarbeiter zu kürzen. Von den kargen Verdiensten, die die Knappen bekommen, soll also noch etwas abgezogen werden. Doch nicht eine Verschlechterung, sondern eine Aufbesserung der Verdienste ist notwendig. Darüber hinaus muß der Bergarbeiter-schutz so ausgebaut werden, daß alles nur mögliche geschieht, um solche Katastrophen, wie wir sie jetzt erleben mußten, einzudämmen. Das sind Forderungen, die von der gesamten Arbeiterschaft erhoben und verteidigt werden müssen.

Zehn Jahre soziale Baubetriebe.

Ende Oktober fand in Berlin eine Jubiläumsfeier der sozialen Baubetriebe statt. Diese bestehen jetzt zehn Jahre und die Arbeiterschaft hat allen Grund, dieses Zweiges wirtschaftlicher Selbsthilfe mit zu gedenken. Im Theater der Berliner Volksbühne wurde das Jubiläum festlich begangen durch eine schlichte Feier, die ein Muster dafür war, wie solche Festelichkeiten zu begehen sind. Die Begrüßungsrede hielt der Vorsitzende des Verbandes sozialer Baubetriebe und des Baugewerksbundes, Reichstagsabgeordneter Bernhardt. Da diese Feier durch Rundfunk übertragen wurde, war zugleich die Deffinitivität davon unterrichtet, daß es gemeinwirtschaftliche Baubetriebe, aufgebaut von der Arbeiterschaft, gibt, die 18 000 Arbeiter beschäftigen, 70 000 Wohnungen in zehn Jahren gebaut haben und Muster gut aufgebaute Betriebe sind. Aus den nachfolgenden Ausführungen eines der Gründer der Baubetriebe, Paepow, konnte man entnehmen, welche Schwierigkeiten sich der praktischen Ausführung der sozialen Bauwirtschaft entgegenstellten.

Anschließend an die Jubelfeier fand an anderen Tagen der Siebente Bauhütten-tag statt. In seiner Begrüßungsansprache ging Bernhardt auf die Wirtschaftslage ein, deren Druck besonders auf den Bauhütten lastet. Den Hauptvortrag hielt Wissell über „Die Zusammenarbeit der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der Arbeiterschaft und der Konsumenten“. Die kapitalistische Wirtschaft kennt, so erklärte Wissell, nur das Profitstreben und den persönlichen Vorteil. Das freie Spiel der Kräfte ist ihr Götz. Die Ar-

beiterschaft stellt diesen Prinzipien die Gemeinwirtschaft gegenüber. Leider ist aus den vielen Programmen über die Sozialisierung sehr wenig in die Praxis übergeführt worden. Die Bauhüttenbewegung ist ein Versuch, eine fruchtbringende Idee in die rauhe Wirklichkeit umzusetzen. Vielen ist es nicht klar, daß längst an Stelle der Selbstversorgung weitgehendste Dienstverbundenheit und Abhängigkeit einer von dem anderen eingetreten ist. Trotz allen Anfeindungen und der entgegenstehenden Widerstände, bauen die schaffenden Männer des Volkes am Bau der Gemeinwirtschaft weiter. Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften, der Arbeiterbank, der sozialen Baubetriebe zeigt, daß die profitlose Gemeinwirtschaft marschiert. Die Bauhütten haben mit dazu beigetragen, daß der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie zum Programm erhoben wurde und eine so breite Anhänger-schaft gewinnen konnte. Auch das Problem der Schulung von Wirtschaftsführern wird hier, wie bei den Konsumgenossenschaften, praktisch erprobt. Die Gemeinwirtschaft kann von den Wirtschaftsführern der Privatwirtschaft nicht verwirklicht werden. Deshalb ist die Schulung eigener Führer eine dringende Notwendigkeit.

Durch den Vortrag des Geschäftsführers Rode über „Die technische Entwicklung der sozialen Baubetriebe“ bekam die Versammlung einen Begriff davon, wie das Baugewerbe ist und wie es sein könnte. Der Wohnungsbau ist deshalb ein Problem, weil die Bauwirtschaft zu teuer arbeitet. Durch eine vollständige Umstellung der Betriebe und Durchorganisierung derselben kann der Wohnungsbau weitgehend verbilligt

werden. Der Verband sozialer Baubetriebe hat eine Abteilung für wirtschaftliche Betriebsführung geschaffen, deren Aufgabe es ist, die einzelnen Bauhütten zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen. Dazu dienen Schulungskurse, zentraler Einkauf von Maschinen und Apparaten und andere Hilfsmittel. Dadurch wird Sorge getragen, daß der Bauhüttengeist, geboren aus der solidarischen Zusammenarbeit, immer mehr an Boden gewinnt. Nach diesem Vortrag sollte ein Film ab- und gezeigt, wie im Baugewerbe gearbeitet wurde und noch wird, und wie nach der Durchorganisierung der Betriebe gearbeitet werden könnte. Ueber den „Stand der Bauhüttenbewegung“ berichtete Geschäftsführer Rüd. Die vielseitige Tätigkeit der Bauhütten und deren Spitzenorganisation kamen in diesem Vortrag zum Ausdruck.

Wir sind überzeugt davon, daß die Bauhüttenbewegung durch diese Tagung ihr Fundament weiter gestärkt hat und nach Ueberwindung dieser schwierigen Krise ihren Aufstieg fortsetzen wird. Dieser Teil der sozialen Gemeinwirtschaft hat Anspruch auf Unterstützung aller, die dazu in der Lage sind.

Die wirtschaftlichen Folgen eines Karnevalverbotes.

Die Karnevalszeit mit ihrem Jubel und Trubel ist für die Beschäftigung eines Teiles unserer Kollegenschaft von ausschlaggebender Bedeutung. Tausende von Kollegen und Kolleginnen finden bei der Herstellung von Kostümen und Festartikeln ihren Lebensunterhalt. Die Industrie ist in Mittelfachsen, Thüringen und Nordbayern zu finden. Der Erlaß eines Karnevalverbotes durch die Regierungen der Länder und des Reichs müßte eine Abkühlung, ja sogar Betriebsstilllegungen in dieser Industrie nach sich ziehen und so die Existenz der Arbeitnehmer stark gefährden.

Nicht nur weite Kreise unserer Kollegenschaft würden durch solche Maßnahmen geschädigt, sondern auch für andere Berufsgruppen, wie Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, Gastwirtsangestellte usw. bedeutet eine Einschränkung der Festveranstaltungen einen Verdienstausfall und damit weitere Schwächung der Kaufkraft breiter Volksschichten, was volkswirtschaftlich gesehen einer Verschärfung der Krise gleichkommt. Deshalb Kampf jenen Kreisen in West- und Süddeutschland, die da glauben, von der Kanzel herab den Karneval als unfittlich und unmoralisch verwerfen zu müssen. Darum Protest gegen die Stimmen, die der Ansicht sind, daß karnevalistische Umzüge und Veranstaltungen zurzeit provozierend auf Erwerbslose wirken könnten und deshalb zu verbieten seien.

Ohne erotische Egzeße beschönigen zu wollen und bei aller Anerkennung der Notlage unserer erwerbslosen Volksgenossen muß doch gesagt werden, ob dann nicht auch überfüllte Schaufenster und Ausstellungsräume provozierend auf diejenigen wirken müssen, deren Einkommen nicht ausreicht, um den notwendigsten Bedarf an Lebensgütern zu decken. Oder glauben jene Kreise, mit Karnevalverböten die Not der Erwerbslosen steuern zu können? Wir glauben nicht, daß die Argumente der Karnevalgegner stichhaltig genug sind, um ein allgemeines Verbot rechtfertigen zu können und um Maßnahmen zu treffen, die erneut Tausende der Erwerbslosigkeit preisgeben.

Im Interesse unserer Kollegenschaft aus der Kostümen- und Festartikelindustrie müssen baldigst Mittel und Wege gefunden werden, um die Regierungen der Länder und des Reichs von dem Erlaß gesetzlicher Verbote oder einschränkender Bestimmungen des Karnevals abzuhalten. Lassen man doch allen Festveranstaltungen freien Lauf, nicht nur, um die Sorgen und Nöte des Alltags auf einige Stunden zu vergessen, sondern auch um der Arbeiterschaft der Luxuspapierwarenindustrie Arbeit und damit Brot zu erhalten. Die Versuche reaktionärer Kreise, an unserer Existenzgrundlage zu rütteln, können nur erfolgreich abgewehrt werden, wenn sich alle Arbeitnehmer der bedrohten Industrie, Betriebs- sowie Heimarbeiter, dem Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter anschließen. R. S. e. n. e. r.



Zur Unterhaltung

Kumpels liegen unterm Stein!

(Eine Erinnerung an meine Bergmannszeit.)

„Paul, du mußt gehen. Es wird Zeit für dich. Deine Butterbrote und den Kaffee habe ich fertig.“

„Ja, Mutter, ich weiß es. Doch der Hans will mich abholen und er wird wohl bald kommen.“

Langsam stand ich auf, legte das Buch, in dem ich gelesen, fort und machte mich fertig.

„Der dreckige Bütt“, fluchte ich. „Heute wieder die verdammte Ueberschicht. Zwölf Stunden unten in der Stige und im Dunkeln schuftet. Hätte ich doch wieder über Tage Arbeit. Ihr wißt gar nicht, wie gut ihr es hier oben habt.“

Die Mutter seufzt: „Glaube nicht, daß ich dich gerne gehen lasse. Ich muß immer an dich denken. Immer wieder hört man von neuem Unglück. Auf Zedje „Verlorener Sohn“ ist gestern auch einer tot geblieben. Im Bremsberg soll sich ein Wagen gelöst haben und hat ihn an die Wand gequetscht. Läßt Frau und zwei Kinder zurück.“

Draußen ein Pfiff. „Das ist der Hans, Mutter, jetzt wird es Zeit. Also auf Wiedersehen!“

„Auf Wiedersehen, Junge, und mach's gut.“

„Es wird schon klappen, Mutter.“

Ich nahm die Kaffeepulle auf den Buckel, die Butterbrote unter den Arm und ging. Hans wartete schon. Er fror, ich sah es ihm an. Es war Spätherbst und naßkalt. „Tag, Hans!“

„Tag, Paul, Sauwetter heute wieder. Hier bei euch scheint es nie schöne Tage zu geben. Ewig ist Nebel, und alles ist grau und schwarz.“

„Ach Hans, du bist erst vier Wochen hier. Du kannst dir darum noch gar kein Urteil erlauben. Auch hier sind dieselben schönen Tage wie anderswo. Dein Oesterreich können wir dir allerdings nicht ersehen.“

Hans schwieg. Schumm tippelten wir unsern Weg weiter. Ich betrachtete meinen Kameraden von der Seite. Er tat mir leid. Sein Anzug war schon arg abgetragen und die Schuhe waren auch nicht mehr heil. Den ganzen Sommer war er gewalzt. In Wien hatte er als Metallarbeiter gearbeitet, war aber dann lange arbeitslos. Sein Vater war im Kriege gefallen und die Mutter schlägt sich in Wien kümmerlich durch. Auf Zedje „Dahlhauser Tiefbau“ wurde er als Schlepper eingestellt und kam in meine Abteilung. So wurde ich mit ihm bekannt. Ich half ihm über die erste Zeit hinweg. Im Bütt, so heißt im Ruhrbergbau die Grube, ist die erste Zeit für den Neuling besonders schwer. Doch Hans war willig und geschickt und die Kumpels und ich mochten ihn gut leiden.

Wir hatten den heißen Weg schon hinter uns. Immer noch kam dieser eilige, nasse Wind von der Ruhr her. Vor uns und hinter uns gingen Bergleute den gleichen Weg wie wir.

„Du, Paul“, sagte Hans da ganz unvermittelt „ich habe heute Angst.“ Der seltsame Ton in seiner Stimme machte mich betroffen, doch ich lachte: „Warum denn? Reinst du, dir würde heute etwas passieren?“ Er zuckte nur mit den Achseln.

„Bei uns ist alles sicher“, sagte ich. „Es ist noch nie etwas passiert. Ich arbeite schon zwei Jahre vor Kohle und es ist noch immer gut gegangen.“ Wieder nur ein Schulterzucken, und das ärgerte mich. Schweigend gingen wir weiter und waren bald an der Zeche angekommen. Ungesehen, Lampe holen, einfahren. Unten am Schacht trafen wir uns wieder. Gemeinsam mit den

anderen Kumpels unserer Kameradschaft gingen wir durch den langen Querschlag und die fast ebenso lange Richtstrecke an unsere Arbeitsstelle im Revier 3, Abteilung 1, Strobe 93. Wir hatten Schüttelrutschenbetrieb. Hans arbeitete bei uns als Schlepper, ich als Lehrhauer oben vor Kohle. Mächtig heiß war es bei uns. Wir hatten nur die Hofe an und doch lief uns



der Schweiß in Strömen vom Körper. Die Strobe war nur vier Fuß hoch und die Kohle war hart. 20 bis 22 Wagen mußten wir fördern, mit Ueberschicht. Wie oft haben wir die Franzosen verflucht wegen der Ueberschichten, die wir damals für die Reparationslieferungen machen mußten. Gern hätten wir auf die 50 Proz. Ueberschichtzuschlag verzichtet. Nur wieder früh raus. Zwölf lange Stunden trumm liegen und haken und schaufeln! Nicht daran denken! Arbeiten!

Unsere Schicht fing mittags um ½ 2 Uhr an. Ungefähr um 6 Uhr abends kam der Steiger und hotte unseren Ortshauer und den Hans fort, die Richtstrecke war zu Bruch gegangen. Sie versperrte den Leuten in Abteilung 3 und denen von Revier 11 den Weg zum Schacht. Die Sache war nicht so schlimm, nur mußte der Bruch schnell weggeräumt werden, damit die Kohlenförderung nicht ins Stocken kam. Die beiden Hauer blieben am Kohlenstoß und ich mußte den Schlepper machen.

Kurz nach 11 Uhr war unsere Schicht um. Wir zogen uns an und gingen zum Stapel. Dort setzten wir uns noch eine Weile auf die Werkzeuglisten der Reparaturhauer. Die Kumpels von den anderen Streben kamen auch. Wir plauderten noch etwas, denn wir hatten noch Zeit und ich erfuhr, daß der Bruch in der Richtstrecke schon aufgeräumt war. Nur die Luft- und Wasserrohre mußten noch angebunden werden.

Grade wollten wir aufbrechen, um zum Schacht zu gehen, da sahen wir von der Richtstrecke her zwei Lampen schnell auf uns zukommen. Es mußte etwas los sein. Richtig, es ist der Steiger und ein Hauer. Ganz atemlos sind sie und keuche id stößt der Steiger hervor:

„Los, Kumpels! Die Richtstrecke ist wieder zu Bruch gegangen. Zwei Mann liegen unterm Stein. Schnell! Vorwärts! Haken, Schippen, Welle. Los, nun macht doch voran!“

Erst waren wir wie erstarrt. Dann aber die Riffen aufgerissen, Werkzeug rausgeholt und in wildem Tempo zur Richtstrecke.

Kumpels liegen unterm Stein! Kein Name wird genannt. Kumpels waren es nur noch.

Obgleich hinter der Wassertür ist der Bruch. Ungeheuer viel Steine sind heruntergekommen. Berge welfelt arbeiteten die Menschen. Kein Wort fiel. Nur

Hammerschläge und Schaufelgerassel. Wie toll stürzten wir uns über die Steine. Das furchtbare Stöhnen, das dumpf aus dem Steinhäufen herausklang, peitschte uns auf zu übermenschlicher Anstrengung. Endlich stießen wir auf jemand. Es war unser Ortshauer, und er war es, der so furchtbar stöhnte. Er lag zwischen Wagen und Wand eingeklemmt. Der Wagen hatte ihm das Leben gerettet. Schnell haben wir ihn frei gemacht. Der Unterkiefer ist kaputt und ein paar Rippen.

Und der zweite war der Hans. Drei Stunden hatten wir Steine fortgeschafft, dann fanden wir ihn. Tott!

Armer Kumpel. Du hattest Angst heute einzufahren. Ahnstest du dein Schicksal? Du, Kumpel! P. P.

Die Zeitung mahnt.

M. G. Saphir brachte in seinem „Konversationslexikon für Geist, Will und Humor“, das 1851 in Wien erschien, einige sehr amüsante Zeitungsmahnungen aus Amerika, von denen einige Kostproben hier geboten sein sollen:

„Wir bestreben uns, ein christliches Leben zu führen und hoffen, in den Himmel zu kommen, würden uns aber freuen, auch Sie dort begrüßen zu können, was leider nicht geschehen wird, wenn Sie Ihre Schulden an uns nicht bezahlen. Wer seine Zeitung nicht bezahlt,

möge in einer Wüste von Schießpulver vom Blitz getroffen werden,

er möge mit einer Handfäge von einem betrunkenen Friseur rasiert werden,

er möge, wenn er einen engen Stiefel anzieht, darin zu spät eine lebende Wesppe finden,

ihn mögen hungrige Druckerjungen alle Tage verfolgen und sein Schlaf jede Nacht durch den Geist eines verhungerten Verlegers gestört werden,

er möge verdammt sein, eine Zeitung zu verlegen, deren Abonnenten sämtlich so gemein sind, wie er,

er möge ein keifendes Weib und einen rauchenden Ofen haben und sein Leben ewig wahren.“

„Es ist eine höchst merkwürdige Erscheinung, daß noch niemals ein Mann, der seine Zeitung regelmäßig bezog, Selbstmord beging.“

„Wir haben die Erfahrung gemacht, daß das Nichtbezahlen einer Zeitung der erste Schritt zum Verbrechen war. Mögen sich das unsere Leser zur Warnung dienen lassen.“

„Wir kennen einen Mann, der seine Zeitung immer auf ein Jahr vorausbezahlt. Er ist aber auch dafür in seinem ganzen Leben nie einen Tag trank gewesen, hat nie Hühneraugen und nie Zahnschmerzen gehabt, seine Geschäfte gingen, seine kleinen Kinder schrien nicht in der Nacht und seine Frau war stets lieb und treu zu ihm. Lieber Leser wünschst Du Dir auch so ein Leben?“

Neger.

Eine alte Negerin bittet den Gouverneur des Staates Kanjas, doch ihren im Gefängnis befindlichen Mann zu begnadigen.

„Was hat er denn verbrochen?“

„Er hat einen Schinken gestohlen.“

„Warum willst du ihn denn freihaben? Hast du ihn so lieb?“

„I wol Nicht ausstehen kann ich den alten Kerl!“

„Ja, ist er denn so fleißig oder tüchtig?“

„Bewahre! Es ist der faulste, nichtsnuhigste aller Nigger, denn man sich nur denken kann!“

„Ja, dann sage mir doch nur in aller Welt, warum willst du ihn denn so gern freihaben?“

„Ach, sehen Sie, Gouverneur, unser Schinken ist alle!“ (Mit.)





Der Restant.

Kein gutes Mitglied dem Verband
Ist der Restant,
der mit dem Beitrag wiederholt restiert
und so die Schuldnerliste des Kassierers ziert.

Wenn dann die Schuld zum blanken Taler
klimmt,
Ist es so schwer, sie zu begleichen.
Der eine zahlt und schimpft und ist auf wen
ergrimmt,
der andre aber läßt sich streichen.

So ist's verkehrt!
Wer seinen Beitrag wöchentlich begleicht,
erkennt, daß leichter es dafür schon reicht.
Der Obolus, den der Verband begehrt,

Ist nur ein winzig kleiner Teil von dem,
was der Verband dem Mitglied hat erstritten.
Zu nehmen ist zwar angenehm,
jedoch zu geben: „Darf ich bitten?“

Am Aus-Erfolg gemessen, ist der Beitrag klein,
Ist nur der Dank, den dem Verband du schuldest,
damit er Mittel hat, wenn Unrecht du erduldest,
dein mächtiger Verteidiger zu sein.

Auf klingende Erfolge willst du nicht verzichten,
auf Recht und Schutz desgleichen nicht.
Befolge drum des Mitglieds erste Pflicht:
den Beitrag pünktlich zu entrichten!

Denn keine Ehre sich und dem Verband
schafft der Restant!

Victor Kassinowski.

Neuregelung der Krisenfürsorge.

Die Neuregelung der Krisenfürsorge,
die am 3. November in Kraft tritt, sieht nach
einer Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums
folgendermaßen aus:

In Zukunft wird mit Rücksicht auf die allge-
meine Verschlechterung des Arbeitsmarktes die
Krisenfürsorge wieder den Angehörigen
aller Berufsgruppen gewährt, und zwar
in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern
ohne besondere Zulassung, in den übrigen Ge-
meinden nach Anordnung der Vorsitzenden der
Landesarbeitsämter. Ausgeschlossen sind nur
die Berufsgruppen „Landwirtschaft“ (mit Aus-
nahme der landwirtschaftlichen Angestellten) und
„häusliche Dienste“. Die bisherigen Zulassun-
gen bleiben bestehen, auch in Gemeinden unter
10 000 Einwohnern.

Mit Rücksicht darauf, daß dem Reiche für die
Krisenfürsorge nur beschränkte Mittel zur Ver-
fügung stehen, konnte nach der Darstellung des
Ministeriums diese Maßnahme nur durchgeführt
werden, wenn gleichzeitig gewisse Ein-
schränkungen des Personenkreises

innerhalb der zugelassenen Be-
rufspruppen, eine Verkürzung der
Dauer und eine Neuregelung der
Leistungen vorgenommen wurden. Ar-
beitslose unter 21 Jahren erhalten
wie bisher keine Krisenunterstützung. Sie
wird in Zukunft nur Personen gewährt, die aus
der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert sind,
und zwar muß bei Neuzulassungen die Aus-
steuerung nach dem Inkrafttreten der neuen
Vorschriften erfolgt sein.

Die Höchstdauer der Unterstützung
beträgt 32 oder, bei über 40 Jahre alten Per-
sonen, 45 Wochen. Nur wirklich Bedürf-
tige sollen Unterstützungen, wie sie der Not der
Zeit entsprechen, erhalten. Im übrigen ist Vor-
sorge getroffen, daß sich der Uebergang zu der
neuen Regelung nach Möglichkeit ohne Härten
vollzieht.

* * *

Die Krisenfürsorge ist durch den Aus-
höhlererlaß des Reichsarbeitsministers derart
verschlechtert worden, daß in Kürze das
Problem der Unterstützung der
langfristig Erwerbslosen unbedingt
von neuem ausgerollt werden muß. Was nach
der Neuregelung von der Krisenunterstützung
noch übrig blieb, ist im Grunde genommen nicht
mehr als eine taube Rufe. Künftig erhält in
der Mehrzahl der Fälle, um ein Bei-
spiel herauszugreifen, selbst ein zum Personen-
kreis der Krisenunterstützten zugelassener Ar-
beitsloser, der eine Frau und fünf Kinder zu
ernähren hat, keine Unterstützung, wenn sich in
der Familie ein Sohn befindet, der 30 bis
40 Mk. verdient.

Eine rigorose Bedürftigkeits-
prüfung, die allgemeine Senkung der
Leistungen, die Verkürzung der
Unterstützungsdauer von 39 auf 32
Wochen, die Herausnahme der Kurzanwärter,
d. h. der Leute, die keine 26 Wochen Anwart-
schaft aufzuweisen haben, aus dem Kreis der
Unterstützten — und das sind 17 Proz. der bis-
herigen Gesamtzahl der Krisenunterstützten —
all das zeigt zur Genüge, daß von einer „Er-
weiterung“ der Krisenunterstützung oder von
einer wirklichen Fürsorge für Be-
dürftige nicht mehr gesprochen werden kann.
Nach dem Erlaß des Reichsarbeitsministers
stellt die Krisenfürsorge nur noch eine Art Zu-
satz zur Wohlfahrtspflege dar. Der
Name „Krisenfürsorge“ hat keinen rechten Sinn
mehr, da der Rest an Krisenfürsorge, der noch
verblieben ist, mit ihrem Grundgedanken,
d. h. mit einer ausreichenden Un-
terstützungseinrichtung zwischen
Wohlfahrt und Arbeitslosenver-
sicherung, kaum mehr etwas gemein hat.

Diese Neuregelung der Krisenfürsorge ist ein
neuer Beweis dafür, wie sehr unter der Regie-
rung Brüning die Sozialpolitik hinter der
Finanzpolitik zurücktreten muß. Früher haben
sich nur die oberen Lohnklassen geringere Un-
terstützungssätze gefallen lassen müssen, jetzt
tritt eine allgemeine Senkung des
Leistungs-niveaus ein, und das, obwohl
die Gesamtheit der Krisenunterstützten rund eine

Million beträgt. Die Folge ist, daß nun fast
allgemein Zusatzunterstützungen durch die Wohl-
fahrt der Gemeinden notwendig werden. Da
der Finanzminister dem Reichsarbeitsminister
nur 100 Millionen für die Neuregelung der
Krisenunterstützung zur Verfügung stellte,
müssen die bisher bereits Unterstützten ihren
targen Bissen Brot nun auch noch mit den neu
Zugelassenen teilen. Die Unterstützungs-
sätze sinken unter die der Wohl-
fahrt, während zugleich die Bestimmungen
für die Bedürftigkeitsprüfung so verdichtet wer-
den, daß sie an die der öffentlichen Fürsorge
herankommen. Mit der einen Hand gibt man,
mit der anderen nimmt man.

Das Ordnungsstrafrecht der Krankenkassen.

Es hat nicht jede Behörde das Recht, jeman-
den bei irgendwelchen Uebertretungen usw. mit
Strafe zu belegen. Glaubt jemand, daß irgend-
ein anderer eine Strafe verdient hat, dann
muß er ihn, wenn er seine Bestrafung erreichen
will, bei der zuständigen Stelle (Gerichte, Po-
licebehörden usw.) zur Anzeige bringen. Von
diesem Grundsatz gibt es jedoch Ausnahmen,
denn es gibt eine ganze Anzahl Stellen und
Behörden, denen vom Staat ein gewisses Straf-
recht, also die Erlaubnis des Bestrafens, ver-
liehen worden ist. Diejenigen Stellen, die
ein solches Recht erhalten haben, können dann
innerhalb des ihnen gesteckten Rahmens bzw.
innerhalb der ihnen erteilten Erlaubnis nicht
nur Strafen verhängen, sondern diese auch
vollziehen. Sie brauchen also zum Strafvollzug
— abgesehen von Ausnahmen — nicht noch der
Hilfe anderer Behörden. Zu den Einrichtungen,
die mit einer derartigen Vollmacht ausgestattet
sind, gehören auch die reichsgesetzlichen
Krankenkassen. Diese haben das Recht, gegen
ihre Mitglieder Strafen zu verhängen. Diese
Vollmacht gibt ihnen der § 529 der Reichsver-
sicherungsordnung. Es heißt in diesem:

„Gegen einen Versicherten, der die Kranken-
ordnung oder die Anweisungen des behandelnden
Arztes übertritt oder die ihm nach § 190 obliegende
Mitteilung unterläßt, kann der Vorstand der Kasse
Strafen bis zum dreifachen Betrage des täglichen
Krankengeldes für jeden Uebertretungsfall fest-
setzen.“

Die Kassen haben demnach das Recht, beim
Vorliegen von dreierlei Möglichkeiten Strafen
zu verhängen. Einmal kann das Mitglied be-
straft werden, wenn es gegen die Kranken-
ordnung verstößt. Zum Erlaß einer
Krankenordnung sind die Krankenkassen gesetz-
lich verpflichtet. Weiter steht der Kasse die
Strafbefugnis dann zu, wenn der Versicherte die
Anordnungen des behandelnden
Arztes übertritt. Die dritte Strafmöglichkeit
liegt dann vor, wenn der Versicherte „eine ihn
nach § 190 obliegende Mitteilung unterläßt“. Nach
diesem § 190 kann die Kasse ihre Mit-
glieder verpflichten, ihr Mitteilung davon zu
machen, wenn sie bei einem Leistungsbezug
gleichzeitig noch Krankengeld usw. aus einer
anderen Versicherung erhalten. Bestrafungen
aus diesem Grunde kommen in der
Praxis nicht allzu häufig vor. Meist handelt
es sich um Bestrafungen wegen Uebertretung
der Krankenordnung oder der Anordnungen
des behandelnden Arztes.

Diese Strafgründe sind in dem Aufbau und dem Zweck der Krankenversicherung begründet. Alle Krankenfürsorge und alle Leistungen der Kassen haben keinen Zweck, wenn der Versicherte nicht selbst mit dazu beiträgt, baldigt wieder zu gesunden. Es heißt deshalb auch in der Begründung des Gesetzes:

„Zur möglichst raschen und gründlichen Heilung bedarf es der verständnisvollen Mitwirkung der Erkrankten selbst; es liegt in ihrem eigenen Interesse wie in dem der Kasse, daß sie nicht durch zweckwidriges Verhalten die Heilung verzögern oder vereiteln.“

Sehr wichtig ist nun, daß der Kassenvorstand weder in bezug auf die Tatbestände, die zu einer Bestrafung führen können, noch in bezug auf das Strafmaß über den in dem oben wiedergegebenen § 529 gezogenen Rahmen hinausgehen kann. Er kann also nur bei den drei angegebenen Möglichkeiten Strafen verhängen. Auch darf das Strafmaß in keinem Falle höher bemessen werden als der dreifache Betrag des täglichen Krankengeldes. So sind zum Beispiel Strafen, die eine Kürzung der Leistungen vorsehen, unzulässig. Zu bemerken ist ferner noch, daß die Strafbefugnis nur der Kassenvorstand hat. Nicht berechtigt ist hierzu der Vorsitzende oder ein Angestellter der Kasse, es sei denn, daß dieser vom Gesamtvorstand die Ermächtigung hierzu erhalten hat. In jedem Einzelfalle steht die Verhängung der Strafe und deren Höhe im pflichtgemäßen Ermessen des Kassenvorstandes. Der im Gesetz erwähnte dreifache Betrag des Krankengeldes ist das Höchstmaß der Strafe. Der Vorstand kann in jedem Falle eine niedrigere Strafe aussprechen oder von einer Bestrafung überhaupt absehen.

Selbstverständlich ist eine Bestrafung überhaupt nur dann zulässig, wenn dem Versicherten eine Schuld trifft. Unzulässig ist es, wenn der Kassenvorstand etwa durch Beschluß eine feststehende Straftat für die verschiedenen Straffälle aufstellt. Es muß vielmehr in jedem einzelnen Uebertretungsfall das Strafmaß festgelegt werden. Sehr wichtig ist auch, daß die Strafbefugnis der Kasse unabhängig davon ist, ob dem Versicherten eine Krankenordnung ausgedient ist oder nicht. Es heißt eben auch hier, daß Unkenntnis der Gesetze nicht vor Strafe schützt. Zu erwähnen ist ferner auch, daß die Kassen nur „Versicherte“ bestrafen können. Nicht bestraft werden können aus diesem Grunde Familienangehörige der Mitglieder, die als solche Anspruch an die Kassenleistungen haben.

Jeder Versicherte hat natürlich das Recht, sich über die verhängte Strafe zu beschweren. Zuständig ist hierzu das Versicherungsamt. Dieses entscheidet endgültig. Das Versicherungsamt kann gegebenenfalls durch Beschluß die verhängte Strafe aufheben. Rl.

Beginn und Verjährung der Invalidenrente.

K. Wenn die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen (Anwartschaft und Wartezeit) erfüllt sind, dann kann die Invalidenrente aus zweierlei Gründen gewährt werden. Einmal erhält Invalidenrente, wer das 65. Lebensjahr vollendet hat, und zwar ohne Rücksicht auf seinen körperlichen oder geistigen Gesundheitszustand. Weiter erhält derjenige Invalidenrente, der infolge Krankheit oder anderer Gebrechen dauernd invalide ist. In diesen Fällen spielt wieder das Lebensalter des Versicherten keine Rolle. Neben diesen Grundbestimmungen gibt es noch eine Ausnahmebestimmung, nach der auch die Versicherten die Invalidenrente erhalten, die nicht

dauernd invalide gewesen sind, doch während 26 Wochen ununterbrochen invalide gewesen sind oder die nach Wegfall des Krankengeldes invalide sind, für die weitere Dauer der Invalidität. Die Rente muß entweder bei dem Versicherungsamt, in dessen Bezirk der Versicherte wohnt oder direkt bei der Landesversicherungsanstalt beantragt werden. (Die Leistungen der Invalidenversicherung werden nur auf Antrag gewährt.)

Für die Versicherten sehr wichtig sind die Bestimmungen, wann und von welchem Zeitpunkt ab die Zahlung der Rente beginnt. Die weitverbreitete Ansicht, daß die Rente mit dem ersten Tage beginnt, an dem sie beantragt wird, ist falsch. Es heißt im Gesetz ausdrücklich, daß die Rente mit dem ersten Tage des Monats beginnt, in welchem die Voraussetzungen zu ihrem Bezuge (Vollendung des 65. Lebensjahrs, Beginn der Invalidität) vorliegen. Auch wenn also die Rente aus irgendwelchem Grunde erst später beantragt wird, dann muß die Landesversicherungsanstalt diese rückwirkend vom ersten Tage des Monats zahlen, in dem das rentenwirkende Ereignis eingetreten ist. Weiter geht aus dieser Bestimmung hervor, daß die Rente stets nur für volle Monate gezahlt werden darf. Ist der Rentenberechtigte nach der Stellung des Antrages verstorben, dann muß die Leistung der Versicherung trotzdem, und zwar zugunsten etwaiger Hinterbliebener festgestellt werden.

Sehr wichtig ist ferner folgender Paragraph der Reichsversicherungsordnung:

„Länger als auf ein Jahr rückwärts, vom ersten Tage des Monats an gerechnet, in welchem der Antrag eingegangen ist, wird keine Rente gezahlt, sofern nicht der Berechtigte durch Verhältnisse, die außerhalb seines Willens liegen, verhindert worden ist, den Antrag rechtzeitig zu stellen. Der Antrag ist in diesem Falle binnen drei Monaten zu stellen, nachdem das Hindernis weggefallen ist.“

Es wird hier festgelegt, daß die Rente keinesfalls auf einen längeren Zeitraum als ein Jahr zurückgewährt werden kann. Diese Frist läuft vom ersten Tage des Monats an, in dem der Antrag eingegangen ist. Eine Ausnahme von dieser Grundregel ist nur dann zulässig, wenn der Versicherte nicht in der Lage war, den Antrag früher zu stellen. Es gelten hier aber nur solche Entschuldigungsgründe, die außerhalb des Willens des Versicherten liegen. Unkenntnis der Bestimmungen, Rechtsirrtümer oder Irrtümer über Tatsachen, Nachlässigkeit, Bergeßlichkeit, gelten jedenfalls nicht als entschuldbare Gründe. Unrichtige Auskünfte über Rechtsfragen, die zur Verzögerung des Antrages geführt haben, liegen dann nicht „außerhalb des Willens des Versicherten“, wenn er sich wegen der Auskunft an eine ungeeignete und nicht genügend zuverlässige Stelle gewendet hat. Wird der Versicherte dagegen durch Ereignisse höherer Gewalt an der rechtzeitigen Stellung des Antrages gehindert, dann können dies meist entschuldbare Gründe sein. Solche Fälle sind denkbar, wenn der Versicherte durch Krankheit gehindert war, den Antrag zu stellen oder wenn die Post den ihr übergebenen Antrag nicht bestellt hat usw.

Neben all diesen Bestimmungen verjährt jeder Anspruch an die Invalidenversicherung nach § 29 der Reichsversicherungsordnung in vier Jahren nach seiner Fälligkeit. Die Rente kann also vom Versicherungsträger ver sagt werden, wenn sie länger als vier Jahre rückwärts zu zahlen wäre. Diese Verjährung findet in jedem Falle statt.

Aus diesen Ausführungen ist ersichtlich, daß die Versicherten in ihrem eigenen Interesse die Anträge auf Renten rechtzeitig stellen müssen. Tun sie das nicht, dann haben sie nicht nur Unannehmlichkeiten, sondern auch wirtschaftliche Nachteile zu erwarten.

Kürzung der Kapitalabfindungsmittel für Kriegsbeschädigte.

Im Nachtragsetat für 1929 forderte die Reichsregierung vom Reichstag 34 Millionen Mark für die Kriegsofferversorgung an. Da für die im Jahre 1929 neu hinzugekommenen Versorgungsberechtigten insgesamt 46 Millionen Mehraufwendungen erforderlich wurden, sollen die nicht angeforderten 12 Millionen Mk. nach den Vorschlägen des Haushaltsansatzes aus den für die Kapitalabfindung vorgesehenen Mitteln entnommen werden. Bei den Beratungen des Reichskabinetts sind auch für den Etat 1930/31 statt bisher 88 Millionen Mark nur 63 Millionen Mark für Kapitalabfindungen eingeseht worden.

Nunmehr hat das Reichsarbeitsministerium am 3. Oktober einen Erlaß an sämtliche nachgeordneten Hauptversorgungsämter gerichtet dahin, daß mit den Mitteln für Kapitalabfindungen möglichst sparsam verfahren werden soll, weil die Möglichkeit bestände, daß die Mittel für Kapitalabfindungen gänzlich gesperrt werden müßten. Die augenblickliche Finanzlage des Reiches würde wahrscheinlich eine solche Maßnahme erfordern.

Wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, hat der Reichsarbeitsminister neuerdings angeordnet, daß vom 1. November 1930 ab tatsächlich Mittel für Kapitalabfindungen nicht mehr den Hauptversorgungsämtern zur Verfügung gestellt und an Berechtigten ausgezahlt werden. Zur Begründung führt das Reichsarbeitsministerium an, daß die ihm vom Reichsfinanzministerium zur Verfügung gestellten Mittel kaum ausreichen, um den laufenden Leistungsbedarf zu decken. Wenn aber derartige Mittel vom 1. November 1930 ab nicht mehr zur Auszahlung zu kommen bräuchten, so sei wenigstens der allgemeine Bedarf an Renten usw. reibungslos zu decken.

Diese Sparmassnahmen bei der Kapitalabfindung bedeuten eine weitere Drosselung der Siedlungstätigkeit und eine erhebliche Verschärfung der Krise auf dem Bau-, Wohnungs- und Siedlungsmarkt. In dem Organ des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen wird darauf hingewiesen, daß die Kapitalabfindung ein Viertel bis ein Drittel der investierten Baulgelder ausmacht. Dadurch, daß 25 Millionen Mk. für die Spitzenfinanzierung der Bauvorhaben von Kriegsbeschädigten nicht zur Verfügung stehen konnten, gingen dem Baumarkt schon im letzten Jahre weitere 75—100 Millionen Mk. verloren. Es ist leicht, sich die Zahl der Wohnungen, die durch die Streichung der Kapitalabfindungsmittel nicht erstellt werden konnten, auszurechnen. Die Streichung von Kapitalabfindungsmitteln wirkt sich demnach für das Baugewerbe und damit für die gesamte Volkswirtschaft äußerst schädlich aus. Die Gewerkschaften müssen deshalb die Forderung der Kriegsoffer nach Wiedereinsetzung der Kapitalabfindungsmittel nachdrücklich unterstützen.

Gelesene Nummern

der »Buchbinder-Zeitung«

gibt man an seine unorganisierten Kollegen weiter

Stimmen aus unserem Kollegentreis.

Lohnsklaven.

Ein eigenes Erlebnis.

„Unfug ist sie, diese Redensart vom Lohnsklaven. Was ist denn das überhaupt, was wollen denn diese Leute? Sie haben ja alles, was sie brauchen. Ein anständiges Einkommen, tausend Rechte, ihre Gewerkschaftsbonzen werden gehört, man behandelt sie sozial, man behandelt sie menschlich. Was wollen sie denn noch?“ Zitternd vor Wut, mit rotem Gesicht ob der Anstrengung der langen Rede, brüllte mir der fatte, dicke, bessere Herr diese Worte zu, als ich ihm ein Wahlflugblatt in sein Auto reichte. Ich hatte ihn in seiner beschaulichen Ruhe gestört, in seiner Selbstzufriedenheit, gerade als er, am Arme seiner Begleiterin ein teures Weinstolot am Kurfürstendammler verlassend, an dem dienenden Ober vorbei sein Auto bestiegen hatte. „Norbert, rege dich doch nicht auf über solchen Unsinn“, stötte seine Begleiterin und nestelte ihre Perlenkette, die das Zahreinkommen von zehn Arbeiterfamilien haben mochte, zurecht. Und Norbert, von Wohlwollen und Menschlichkeit triefend, denn auf sein Gebrüll hin hatten sich gegen zwanzig Menschen angesammelt, die ihrer Kleidung nach nicht in dieser Gegend beheimatet waren, fragte: „Wen meinen Sie denn mit dem Ausrud Lohnsklaven?“ „Sehen Sie in die Maschinenfäle der Fabriken, wo die Räder sich blühend drehen, wo Treibriemen klatschend ihre unendliche Bahn saufen, wo die Arbeiter über ihre Arbeit gebeugt schuften ohne aufzusehen, wo die Maschinen kreischen und dröhnen, wo die Meister mit der Stoppuhr in der Hand antreiben, wo die Maschinen Blut und Knochen der Arbeiter fressen. Da sehen Sie Lohnsklaven, die durch ihre Arbeit Ihnen das Drogenleben ermöglichen.“ „Junger Mann, Sie irren“, sagte er mit einem gewinnenden Lächeln. „Was Sie da schildern, ist das hohe Lied der Arbeit. Wir müssen arbeiten, Deutschland ist ein armes Land, wir müssen alle viel mehr arbeiten, um unser armes deutsches Vaterland, das die Novemberverbrecher zu einem Schatten seiner einstigen Größe herabgewürdigt haben, wieder aufzubauen. Nur Arbeit kann uns retten, nur Arbeit kann Deutschland wieder zu dem machen, was es unter Kaiser Wilhelm gewesen ist, ein starkes, mächtiges Reich. Zu dieser Arbeit müssen sich alle Volksgenossen vereinigen, der eine im Kontor, der andere in der Fabrik.“ Und du in der Weinkneipe, dachte ich bei mir. „Um was geht es Ihnen denn eigentlich?“ fragte er weiter. „Es geht um viele Dinge, natürlich auch um das Einkommen“, war meine Antwort, „was heute ein Arbeiter verdient, ist ein Hungerlohn. Sein Einkommen, das im Monat um 200 Mk. schwankt, soll dazu reichen, Familien zu ernähren. Dabei ist es ein Kunststück, mit den Pfennigen auszukommen! Das ist heute das Leben vieler Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger. Aber auch um die Wohnungsfrage geht es. Ein Heim haben diese Millionen nicht, sie wohnen in Mietkasernen. Mauer an Mauer mit denen, die im gleichen Elend leben, und in dem Augenblick, in dem sie die Miete für ihre Wohnhöhlen nicht bezahlen können, sind sie auch den kümmerlichen Heimerfah, ihre Wohnhöhle los. Was sie an Dingen besitzen, die zum täglichen Leben gehören, wird ihnen gepfändet. Nichts ist ihr eigen auf der Welt, als das nackte Leben und ihre Kenntnisse, ihre Kräfte und Fähigkeiten, die sie, je nach dem, ob sie organisiert sind oder nicht, teurer oder billiger verkaufen müssen. Nichts verbindet sie mit ihrer Arbeit, nichts mit ihrer Heimat. Millionenfach haben sie keine, denn ihr Heilmaterfah ist ein stidiger, dunkler, sonnenloser Hinterhof in irgendeiner Mietkaserne. Das sind die Lohnsklaven, ohne Sicherung ihrer Existenz. An einem dünnen Seil hängen sie über dem Abgrund des größten Elends, der Arbeitslosigkeit. Deshalb gibt es keine Sklaventecke, die grausamer wäre, als diese wenigen Mark, die den Menschen mit ihren Wünschen, ihrem Wollen, ihren Sehnsüchten nur die nackte Existenz geben. Millionen erwarten heute in geradezu panischer Angst den Tag der möglichen Kündigung. Sie sind wie der Reiter auf dem

Bodensee, gehetzt, entsetzt wagen sie in ihrer Mehrzahl nicht, der Gefahr ins Auge zu sehen. In keiner Zeit der Geschichte gab es eine Sklaverei, die vollkommener gewesen wäre, als dieses raffiniert ausgekugelte und gegen die Arbeiter angewandte System der kapitalistischen Wirtschaft.“ — Das alles schleuderte ich dem Schmerbauch ins Gesicht. Doch meine letzten Worte hörte er schon nicht mehr. Längst hatte er dem Chauffeur das Zeichen zur Abfahrt gegeben. Die Wahrheit wollte er nicht hören. B. M., Berlin.

Lohnabbau.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ berichtet:

L.-G. für Zellstoff- und Papierfabrikation, Memel. Der Großaktionär der Gesellschaft, die L.-G. für Zellstoff- und Papierfabrikation, Maschinenburg, erklärt, daß die Kündigung der Gesamtbelegschaft der L.-G. für Zellstoff- und Papierfabrikation, Memel, wovon über 900 Arbeiter betroffen werden, nicht infolge Abschloctung oder schlechter Geschäftslage des Unternehmens erfolgt sei, sondern um einen neuen Lohnarif mit der Belegschaft zu vereinbaren.

Eine gewaltige, in ihren Ausmaßen alles bisher Erlebte übersteigende Krise schüttelt seit Monaten den deutschen Wirtschaftskörper. Diejenigen aber, die sich stolz die Kapitäne der Wirtschaft nennen, und die alle Wirtschaftswissenschaften und -kenntnisse in Erbpacht zu haben glauben, versagen. Verlagen täglich, nun sie beweisen könnten, daß sie nicht nur aus Arbeiterschweiß und Arbeiterknochen bares Geld münzen können, sondern daß sie auch imstande sind, die Wirtschaft zu führen und in Gang zu halten. Ihre ganze Unfähigkeit offenbart sich in dem einzigen Mittel, mit dem sie die Wirtschaft wieder anturbeln wollen, das sie als das Ei des Kolumbus den Millionen hungernden Arbeitslosen offerieren: im Lohnabbau. Dieser ist ihnen Allheilmitel. Der Lohnabbau soll die Wirtschaft, die bis zum Wahnsinn überationalisiert ist, deren Produktionskapazität ohne Rücksicht auf den Absatz, d. h. ohne Rücksicht auf die Kaufkraft der Massen, überfëltert wurde, wieder in Gang bringen. Der Lohnabbau soll dem Unternehmertum die Höhe der Profitrate garantieren.

Wie sich ein Lohnabbau auf den Arbeiterhaushalt auswirkt, soll folgende vom Statistischen Reichsamt veröffentlichte Tabelle zeigen. 896 Arbeiterhaushalte mit einer durchschnittlichen Kopzahl von 4,2 Personen, von denen sich 771 oder 86 Proz. in Großstädten befanden, lieferten dem Statistischen Reichsamt das Material für seine Berechnungen. Die Ausgaben der Haushaltungen betragen im Durchschnitt 97,6 Proz. der Einnahmen. Von den Ausgaben entfallen auf:

Nahrungs- und Genußmittel	45,3	Proz.
Bekleidung und Wäsche	12,7	„
Wohnungsmiete	10	„
Verseherungen	7,9	„
Einrichtung und Instandsetzung der Wohnung	3,9	„
Heizung und Beleuchtung	3,6	„
Steuern	2,5	„
Verbands- und Vereinsbeiträge	2,3	„
Bildungs- und Kulturbedürfnisse	2	„
Körperpflege und Erholung	2,5	„
Geselligkeit und Vergnügen	0,9	„
Verkehrsausgaben und Gebühren	1,3	„

Der große Abstand zwischen den Ausgaben für Nahrungsmittel und den anderen Ausgaben zeigt eindeutig, daß sich jede Kürzung des Lohnes in der Hauptsache auf den Nahrungsmittelbedarf der Arbeiterfamilie auswirken muß. Für Bildung stehen der Familie 2 Proz. des Einkommens zur Verfügung, eine lächerliche Summe, wenn man bedenkt, welche Anforderungen heute an die Kenntnisse des Arbeiters gestellt werden. Und 0,9 Proz. für Geselligkeit und Vergnügen für den Arbeiter, während die Unternehmer für diesen Zweck eine Summe verausgaben, die teilweise das Vielfache des Einkommens mehrerer Arbeiterfamilien ausmacht. Kollegen und Kolleginnen, wehrt den Anfängen, indem ihr euch geschlossen hinter eure Organisation stellt. o. k.

Internationales.

Lehrlingsverhältnisse in Dänemark.

Unser dänisches Bruderorgan vom 17. Oktober beschäftigt sich in einem ausführlichen Aufsatz mit der Frage der Lehrlingsausbildung. Wir entnehmen den Betrachtungen das Folgende:

Nicht nur in unserem, sondern auch in anderen Berufen wollen die Klagen über mangelhafte Ausbildung von Lehrlingen nicht verstummen, doch ist dabei zu unterscheiden zwischen Berufen, in denen die Industrialisierung noch weiter vorgeschritten ist, als in der Papierverarbeitung und solchen Berufen, die ihren handwerksmäßigen Charakter beibehalten haben.

Im Buchbindergewerbe gehören wir wenigstens in unserem Lande noch zum Handwerk. Im Gegensatz zu Deutschland hat die Verwendung der Maschine noch nicht überall Eingang gefunden, auch nicht bei der Herstellung von Briefumschlägen. So werden z. B. Seybold-Maschinen, die sozusagen die Briefumschläge als fertiges Produkt liefern, noch nicht verwandt. Die Höhe der Auflagen oder vielmehr die Kleinheit derselben macht die Anschaffung so teurer Maschinen unrentabel und die menschliche Arbeitskraft stellt sich demgegenüber immer noch billiger.

Wenn nun trotzdem auch in Dänemark die Maschinenarbeit immer größeren Umfang annimmt und zur Bedienung von Maschinen in immer größerer Zahl ungelernete oder angelernte Arbeitskräfte verwandt werden, dann sind andererseits die modernen Maschinen in der Papierverarbeitung doch so kompliziert, daß deren Bedienung lieber gelernten Arbeitskräften übertragen wird. Denn derjenige, der in allen Sparten des Berufs gründlich ausgebildet wurde, wird auch ein tüchtiger Spezialarbeiter sein.

Diejenigen, die infolge mangelhafter Ausbildung nur schwer oder gar nicht Gelegenheit finden, ihre Arbeitskraft im erlernten Beruf zu verwerten, sind dann bestrebt, ihr Heil darin zu suchen, daß sie sich selbständig machen. Dies wird ihnen von den Grossisten nur zu leicht gemacht. Diese stellen bereitwillig die erforderlichen Maschinen zur Verfügung und der neugebackene Meister sucht nun unter allen Umständen Aufträge zu bekommen. Bei den Schundpreisen, zu denen sie Arbeit übernehmen, ist an tarifliche Bezahlung der Gehilfen natürlich nicht zu denken, es werden dann eben Lehrlinge eingestellt. Was diese in solchen Betrieben lernen können, kann man sich denken und die Krise ist trotz aller Warnungen, die die Organisation immer wieder erlassen hat, nun eben da.

Allerdings trifft die Meister nicht die alleinige Schuld an diesen unerquicklichen Verhältnissen. Es gibt viele Eltern, die da glauben, wenn der Junge erst die Bescheinigung in der Tasche hat, daß er das Buchbinderhandwerk fünf Jahre lang erlernt hat, dann müsse ihm der Weg zu lohnender Beschäftigung offenstehen.

Das Gesetz schreibt zwar vor, daß der Meister für die Ausbildung des Lehrlings verantwortlich ist. Doch wenn diese Bestimmung nicht nur auf dem Papier stehen soll, dann ist es unbedingt erforderlich, daß die Gesellenprüfung, die nach Abschluß der Lehrzeit vorgesehen ist, mit aller Strenge durchgeführt wird und der Meister, der seine Pflichten als Lehrherr verletzt hat, zur Verantwortung gezogen wird.

Kritik am norwegischen Verbandsorgan.

Der Ausbau des Fachorgans unserer norwegischen Kollegen sowie der gesamte Inhalt der Zeitung hat neben vielfacher Zustimmung auch Widerspruch gefunden. Der Redakteur und Verbandsvorsitzende ist offenherzig genug, diese Kritik in vollem Wortlaut zu veröffentlichen, er fügt jedoch die Mahnung an den Kritiker hinzu: „Lieber Kollege! Wenn Du hoffst, Artikel in Deiner Zeitung zu finden, die mit mehr Feuer und Temperament verfaßt sind, dann versuche bitte Dein Heil. Der Redakteur wird Deine sowie jedes anderen Kollegen Mitarbeit dankbar begrüßen!“

Berichte.

Braunschweig. In unserer Versammlung am 27. Oktober hielt Genosse Dr. v. Franckenberg einen Vortrag über „Moderne Weltanschauung“ Er ging aus von der alten Auffassung über die Religion, der sogenannten Offenbarungslehre, ihrem Zustandekommen und dem Interesse der Kirche an ihrer Erhaltung. Er ging über auf die aus der Weltgeschichte bekannten unchristlichen Maßnahmen der Religionsgewaltigen gegen alle, die durch Forschung zur Erkenntnis gekommen sind und begründete damit, daß alles Sein nicht Schöpfung, sondern Entwicklung ist. Die moderne Wissenschaft sage und beweise folgerichtig, daß wir aus uns selbst geworden sind, daß wir uns zum Menschen herausentwickelt haben durch die geniale Anpassung der Natur an die Notwendigkeiten. Ueberzeugend bewies der Redner, daß uns durch die Wissenschaft nichts genommen worden ist vom heiligen Empfinden unseres Seins und dessen Zweck. Es sei wohl groß, göttlich und erhaben, unsere Naturverbundenheit zu lehren, die Wahrheit zu erschaffen und zu überzeugen, daß ein jedes Leben ein kostbarer Besitz ist und ein jeder den anderen zu schützen habe.

In der sich anschließenden Aussprache wandte sich Kollege Geng gegen die heutige Verfassung und deren Gefahren, die selbst von den weltlichen Schulen nicht genügend beachtet würden. Vom herrlichen Wissen und Erkennen unserer großen Geister, wie es uns z. B. Goethe u. a. lehrten, wird auch heute noch dem gewöhnlichen Sterblichen durch die Volksschulbildung nichts zuteil.

Im weiteren Verlauf der Versammlung berichtete Kollege Söchtig vom Ortsausschuß des DGB., daß das neue Kinderferienheim des Ortsausschusses während der Ferienzeit 814 Kinder je 14 Tage beherbergte und versorgte. Weiter beklagte er sich über Maßnahmen des Hausverwalters des Gewo-Baues „Bebel-Hof“, der einem Buchbinder, der nie gewerkschaftlich organisiert war, einen Laden vermietete, ohne daß er sich vorher bei unserer Gewerkschaft erkundigt hätte.

Im Anschluß hieran berichtete Kollege Geißler über die Jahrestellenskonferenz. Die nächste Konferenz wird voraussichtlich in Braunschweig stattfinden, eine Mitteilung, die freudig begrüßt wurde. Geplant ist ferner, in der Jubiläumsausgabe des vor 60 Jahren von Wilhelm Brade gegründeten „Volktsfreund“ einen Ueberblick über die Entwicklung unserer Jahrestelle zu bringen. Er bat um Uebermittlung aller persönlichen Erinnerungen, um diesen Aufsatz recht lebendig gestalten zu können. Für ein Werbeblatt der Volkshochschule bat er um beste Beachtung. Als Mitglied in die Büchertkommission der Wilhelm-Brade-Bibliothek wurde Kollege Geng entsandt. Mit der Bekanntgabe der Beschäftigung des Landestheaters am 9. November konnte die Versammlung geschlossen werden.

Dresden. Wie allerorts die Gemüter durch den Ausgang der Reichstagswahl aufgeregelt worden sind und man sich auch in den Gewerkschaften endlich mehr mit politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen beschäftigt, so auch in Dresden. Für unsere Generalversammlung, die am 21. Oktober stattfand, hatten wir ein wirtschaftliches Thema gewählt. Der Leiter der sozialwissenschaftlichen Kurse an der Volkshochschule in Dresden, Genosse Dr. Müller, erläuterte uns das Thema: „Kann der Staat Arbeit beschaffen?“ In knappem, scharf umrissenen Sätzen wurde uns ein Einblick in das Gefüge der Wirtschaft gegeben, dem gerade in unseren Kreisen nicht genügend Beachtung geschenkt wird. Wäre es anders, dann könnte die Forderung, daß der Staat Arbeit beschaffen soll, nicht so oft erklingen. Der Blick von Millionen ist auf die Beschaffung von Arbeit gerichtet und manche Pläne, die nicht eine Beschaffung von Arbeit, sondern nur eine Verschiebung darstellen, müssen mit mehr Mißtrauen angesehen werden. Ein tieferer Einblick zeigt, daß der Staat nur zum kleinsten Teil der Befriediger wirtschaftlicher Bedürfnisse ist. So beziehen z. B. in Dresden nur 10 Proz. aller Erwerbstätigen ihr Einkommen von diesem. Wenn das Gesamtgefüge einer Wirtschaft beruht aus der Ordnung gekommen ist, wie zurzeit in fast allen Industrieländern, dann erfordern die Wege zur Belebung der Wirtschaft viele Millionen. Damit ist zugleich ausgesprochen, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung das einschneidendste Problem ist. Jeder einzelne Volksgenosse wird berührt, wenn höhere Steuern erhoben werden müssen. Die Aufnahme von Anteilen bringt die Gefahr der Verschuldung mit sich, deren Auswirkungen sich zuerst durch Verminderung sozialer Leistungen bemerkbar machen. Darum soll man auf den Staat nicht allzu große Hoffnungen setzen. Viel wichtiger ist, die finanzielle Hochhaltung der Warenpreise durch die Kartelle als eine der wesentlichsten Ursachen unserer Krise zu erkennen. In freier Konkurrenz würden Preis-

sentungen die erste Maßnahme bei zurückgehendem Geschäftsgang sein. Heute aber schreit die Wirtschaft zuerst nach Lohnabbau. Eine weitere Ursache der wirtschaftlich unhaltbaren Lage ist der Mangel an einer sinnvollen Verständigungspolitik unter den europäischen Staaten, hauptsächlich mit Frankreich, dem nach Amerika kapitalstärksten Lande. Europa muß ein einheitliches Wirtschaftsgebiet werden, wenn die europäische Wirtschaft wieder gefunden soll. Das Verständnis hierfür muß auch in weiteren Kreisen der Arbeiterschaft geweckt werden. — Starker Beifall dankte dem Redner für seine vortrefflichen Ausführungen.

Hierauf ergänzte Kollege Scheibe den Geschäftsbericht, der den Mitgliedern gedruckt vorlag. Er begrüßte die rege Anteilnahme der Kollegenschaft, die sich besonders im starken Besuch der Volkshochschule durch unsere Funktionäre zeigt. Die politische Hochspannung werde es notwendig machen, daß mehr als je früher größere Veranstaltungen arrangiert werden. Der Arbeitslosenstand zeigt mit 320 arbeitslosen Kollegen und 955 arbeitslosen Kolleginnen eine enorme Höhe. Unser Bestreben, den Ausgesteuerten zu helfen, haben wir durch Erhöhung des Lokalbeitrages zum Ausdruck gebracht. Für Weihnachten wird eine größere Summe zum gleichen Zweck zur Verfügung gestellt, dafür wird von einer Feier in der üblichen Form abgesehen. — Kollege Wilschte machte zum Schluß der Versammlung darauf aufmerksam, daß wir heute zum ersten Male im Kongreßsaal des neuen Volkshauses tagen, dessen gediegene Ausstattung allgemeine Bewunderung fand.

Mainz. In unserer Versammlung am 29. Oktober sprach Gauleiter Kollege Metz, Frankfurt, über „Der Angriff der Unternehmer auf die tariflichen und sozialen Arbeiterrechte“. Der Referent machte auf die Gefahren aufmerksam, die der Arbeiterschaft drohen, wenn die Rechtsparteien zur Macht kämen. Alles, was von den Gewerkschaften in den letzten Jahren unter Kämpfen errungen worden ist, würde der Gefahr der Wiederbeseitigung ausgesetzt sein. Durch den Ausgang der Wahl beeinflusst, glauben die Unternehmer heute, daß die Zeit gekommen ist, ihre Pläne auf Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durchsetzen zu können. Ein nicht zu unterschätzender Gegner der Arbeiterschaft ist auch die Wirtschaftspartei, deren Anhänger zwar von den Großen der Arbeiterschaft leben, die aber stets gegen die Arbeiter auftreten. Wer seine Interessen konsequent verfolgen wolle, müsse darum Mitglied im Konjunkturverein werden. Auch die Maßnahmen einzelner Unternehmer wurden an der Hand von Beispielen aus der Praxis gezeigt. Kollege Metz mahnte zum Schluß die Kollegenschaft, fester als je zusammenzuhalten, um den kommenden Kämpfen gewachsen zu sein.

In der sich anschließenden Aussprache untertrieb Kollege Seitz die Ausführungen des Referenten. Kollege Gahnmann, Wiesbaden, berührte die Arbeitslosenfrage näher und der Vorsitzende unserer Jahrestelle machte auf die arbeiterfeindliche Partei der Nazi und deren Helfer aufmerksam und warnte die Kollegenschaft vor deren Lockungen. Auch auf das Gift der bürgerlichen Presse wies er hin und richtete einen Appell an alle Mitglieder, Leser der Arbeiterpresse zu werden. Mit der Bitte, die Worte des Referenten zu beherzigen, schloß er die Versammlung.

München. Wie in den Vorjahren, so veranstaltete auch heuer unsere Jahrestelle am 25. Oktober zu Ehren jener Mitglieder, die 25 Jahre dem Verbandsangehören, einen Festabend, der sich eines ungewöhnlich starken Besuches erfreute. Es galt, zwanzig Jubilare zu ehren. Es sind dies die Kolleginnen: Mitschäffl, Bösmüller, Brandl, Hangelberger, Hartbeintner, Moser, Oswald, Rödl, Schneider, Simpfendorfer und die Kollegen Bader, Dirnberger, Fricke, Heumann, Horn, Mayr, Moser, Orthofer, Träsel und Umkehrer. Eingeleitet wurde die Feier durch Musikvorträge. Die Festrede hielt Kollege Faust. Er überbrachte vor allem die Glückwünsche des Verbandsvorstandes, der Gau- und Ortsverwaltung und der Jahrestelle München. In einer rückchauenden Betrachtung zeichnete Redner die Verhältnisse der Vergangenheit und Gegenwart und schloß, wie die Arbeiterschaft vor 25 Jahren nichts anderes als ein Objekt der schlimmsten Ausbeutung war, dagegen heute in der ganzen Welt nicht nur mitbestimmend, sondern auch führend tätig sei. Er erinnerte die Festversammlung daran, daß es vor 25 Jahren noch schwierig war, einer Organisation anzugehören und für diese aktiv zu wirken. Doch trotz aller inneren und äußeren Widerstände war es möglich, auch in München bei unseren Berufsangehörigen der freigewerkschaftlichen Idee immer mehr Eingang zu verschaffen. An die zahlreich anwesende Jugend richtete Faust einen zündenden Appell, diese Idee freudigen Herzens aufzunehmen und weiterzutragen und ebenso

wie unsere Alten treu und mutig zur Organisation zu stehen, damit das Endziel, die Befreiung der Arbeiterschaft, erreicht werde. Ein dreifaches Hoch auf die Jubilare, den Verband und die Jahrestelle schloß die Rede. Weitere Musikaufführungen, sowie ausgezeichnet zum Vortrag gebrachte Lieder des bestbekanntesten Graphischen Gesangsvereins umrahmten den Festabend. Ein Ehrentanz der Jubilare bildete den Auftakt zum allgemeinen Tanz, wobei die Jugend zu ihrem Rechte kam, von dem sie auch bis in die späten Nachtstunden ausgiebig Gebrauch machte. Dieser Festabend, der erneut ein Band der Kollegialität und Solidarität um alt und jung schlang, wird noch lange den Teilnehmern und insbesondere den Jubilaren in bester Erinnerung bleiben. Der Ortsverwaltung, insbesondere der rührigen Festkommission, die durch tatkräftige Mithilfe zu dem guten Gelingen des Abends mit beigetragen hat, sei an dieser Stelle vollste Anerkennung gezollt.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Die Lokalbeiträge sind in der Jahrestelle Sorau ab Woche 45 mit Genehmigung des Verbandsvorstandes neu geregelt. Sie betragen in

Table with 5 columns: Beitragsklasse, II, III, IV, V and 5 rows of values: 10, 10, 10, 10.

Abrechnungen

vom dritten Quartal gingen weiter bis zum 4. November bei der Verbandskasse ein von:

- List of contributions from various locations: Potsdam-Nowawes 384,10 Mt., Stettin, Stolp 63,- Mt., Gau Schleßen (ganzer Gau) 3141,30 Mt., Brandenburg 750,- Mt., Halberstadt, Luckenwalde 3600,- Mt., Braunschweig, Detmold 530,- Mt., Gau Rheinland-Westfalen, Bonn 200,- Mt., Dortmund 250,- Mt., Dülmen 80,- Mt., Düsseldorf 513,80 Mt., Dursburg-Hamborn, Essen 2571,30 Mt., Koblenz 221,67 Mt., Köln 1000,- Mt., Neuwied 210,- Mt., Remscheid, Solingen-Wald, Trier 797,60 Mt., Wuppertal, Darmstadt 500,- Mt., Eberstadt 120,- Mt., Mannheim 600,- Mt., Saarbrücken 406,25 Mt., Jena 70,- Mt., Schleiß, Burgstädt 312,55 Mt., Ebersbach-Neugersdorf, Freiburg i. Br. 250,- Mt., Gau Nordbayern 90,25 Mt., Nürnberg-Fürth 4040,20 Mt., Regensburg 2,25 Mt., Schweinfurt 45,- Mt.

Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

- Das Chaos in der Weltwirtschaft. Das Auslandskapital in der deutschen Wirtschaft. Vorschläge der preussischen Regierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit. Der schwarze Tod in den Gruben. Zehn Jahre soziale Baubetriebe. Die wirtschaftlichen Folgen eines Karnevalverbofes. Zur Unterhaltung: Kumpels siegen unterm Stein. Die Zeitung mahnt. — Regier. Aus der Sozialversicherung: Der Restant. (Gebicht) Neuregelung der Krifenfürsorge. — Das Ordnungsstrafrecht der Krankentassen. — Beginn und Verrückung der Invalidentrente. — Kürzung der Kapitalabfindungsmittel für Kriegsbeschädigte. Stimmen aus unserem Kollegienkreis: Lohnsklaven. — Lohnabbau. Internationales: Lehrlingsverhältnisse in Dänemark. — Kritik am norwegischen Verbandsorgan. Berichte: Braunschweig. — Dresden. — Mainz. — München. Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes: Lokalbeiträge. — Abrechnungen.